

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 11/48. Jahrgang

November 2017

Schutzgebühr: 0,40 €

Jobcenter verweigert Heizkosten

Die kleinen und großen Schikanen des Jobcenters sind Dauerthema. Letztes Beispiel: Einem Hartz-IV-Bezieher wurde zur Auflage gemacht, für den Winter eine größere Menge Heizöl einzukaufen, obwohl er bisher Gas und Strom verwendete, was ihm auch seit 2013 erstattet wurde. Gleichzeitig weigerte sich das Jobcenter, ihm zu garantieren, dass die Öl-Rechnung auch in voller Höhe bezahlt würde - und nicht nur der vom Jobcenter angenommene fiktive Betrag.

Schließlich konnte er nicht riskieren, hinterher auf den Kosten sitzen zu bleiben. Also legte er Widerspruch ein, der - die übliche Prozedur - abgelehnt wurde. Stattdessen bekam er die hammerharte Mitteilung, dass ihm nun überhaupt keine Heizkosten erstattet würden, obwohl das Jobcenter dazu verpflichtet ist.

Das ging zu weit. Der Betroffene legte nicht nur Widerspruch ein, sondern erstattete gleichzeitig wegen Betrug ein Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft. Wir werden weiter berichten.

Nun fragt man sich, warum die Jobcenter immer wieder sich auch wegen Kleinigkeiten stur stellen und lieber einen aussichtslosen Prozess riskieren (dessen Kosten um ein Vielfaches höher sind) als ihre Arbeit korrekt zu verrichten?

Prämien für Leistungsverweigerung

Dazu sollte man wissen, dass Jobcenter mit der Bundesagentur für Arbeit oder dem jeweiligen Bezirksamt Zielvereinbarungen abschließen, bei denen auch die Sanktionsquoten berücksichtigt werden.

Inhalt:

Der 9. November und Klassenkampf	S.2
Alte Post/Absage an Sozialwohnungen	S.3
Streik Uniklinik/Bolzplatz Ederstr.	S.4
Wieseckau + Bgm/Nobelpreis ICAN	S.5
Zu Katalonien/Aufruf: LL-Demo	S.6
Immelmann/DKP feiert/Soli Kurdistan	S.7
Berufsverbote/Termine	S.8

Heißt: Je mehr bei Hartz-IV-Empfängern gestrichen wird, desto höher die Prämie - nachzulesen in der Berliner Zeitung online vom 10. September 2013. Darin wurde nachgewiesen, dass die Chefs von Berliner Jobcentern (Monatsgehalt: mindestens 5916,24 Euro) bis zu 4000 Euro Prämie kassieren, wenn sie streng mit Hartz-IV-Bezieher sind.

(Fortsetzung auf Seite 2)



11.10.: Hunderte streiken am Uniklinikum für mehr Personal. Das geht uns alle an - sie verdienen Solidarität, siehe Artikel Seite 4.



Für Frieden und Sozialismus!

DKP

Der 9. November - Ausdruck ideologischer Klassenkampfes

Seit 1978 finden in Gießen regelmäßig Veranstaltungen zum 9.11.1938 statt, dem Jahrestag der Reichspogromnacht. Zu den Zeiten des kalten Krieges hatte die sogenannte „bürgerliche Öffentlichkeit“ wenig Interesse an diesem Datum. Das änderte sich mit dem Zusammenbruch der sozialistischen Staaten. Das „neue“, „wiedervereinigte“ Deutschland schickte sich an, an seine alten imperialistischen Traditionen anzuknüpfen. Ein Problem war dabei die Frage, wie mit dem deutschen Faschismus umzugehen sei. Wollte man doch zukünftig die machtpolitischen und ökonomischen Interessen unter dem Deckmantel des Schutzes von Menschenrechten und im Rahmen der „westlichen Wertegemeinschaft“ durchsetzen.

Ein Teil der Strategie dabei war die Historisierung des deutschen Faschismus: Das ist alles Vergangenheit und die herrschende Klasse hat und hatte

damit nichts zu tun. Man reduzierte den Faschismus auf den Antisemitismus, der irgendwie in der deutschen Gesellschaft verankert war und sich bei den „Deutschen“ Bahn brach. Den Opfern sollte gedacht werden, aber ohne Zusammenhänge zu den politischen Verhältnissen heute. Alles sollte vermieden werden, was eine Verbindung zwischen den Eliten damals und heute herstellen könnte. In Gießen führte dies zu ständigen Auseinandersetzungen um den 9. November.

Soll er nur ein Gedenkdatum sein, soll er mahnen – so etwas darf sich nicht wiederholen – oder soll er deutlich machen, dass der Kapitalismus die Basis jeder faschistischen Entwicklung ist? Meist gelang es linken Kräften die Aktionen um den 9. November herum wesentlich zu beeinflussen. Die Gedenkveranstaltung der Stadt Gießen und die traditionelle Demonstration am 9. November fan-

den meist ohne Bezug aufeinander statt.

Mit dem Auftauchen der sogenannten „Antideutschen“ erreichte die Verschleierung der Ursachen von Faschismus einen neuen Höhepunkt. Faschismus war jetzt eine deutsche Spezialität, welche irgendwie im deutschen „Wesen“ lag. Das eröffnete für Teile der „bürgerlichen Zivilgesellschaft“ in Gießen die Möglichkeit, den 9. November wieder unter Kontrolle zu bekommen. Ein „antideutsches“ Bündnis gegen Antisemitismus und Antizionismus meldete für mehrere Jahre den traditionellen Mahngang an und versuchte dadurch das Datum politisch neu zu besetzen. Linke und fortschrittliche Kräfte organisierten deswegen seit einigen Jahren eine Kundgebung unmittelbar vor dem Mahngang, um der Entpolitisierung des Datums etwas entgegenzusetzen.

Henning Mächerle

(Fortsetzung von Seite 1)

Jobcenter verweigert...

Personal verheizt

Diese Praxis auf Kosten der Ärmsten der Gesellschaft wird nicht von allen gutgeheißen. In einem Offenen Brief betonten die Personalräte der Jobcenter, dass von ihnen immer wieder auf Personalmangel, hohe Arbeitsbelastungen, hohen Krankenstand, Mängel in der Qualifizierung des Personals, hohe Fluktuation und die Problematik der durch die Befristungspraxis zusätzlich verstärkten Belastungen hingewiesen wurde. Sie stellten fest, dass das eingesetzte Personal nicht ausreicht, um die Aufgaben zu bewältigen. Vor allem im Leistungsbereich werde das Personal regelrecht verheizt¹⁾.

Das Hartz-IV-System verwaltet die Armut, demütigt und schikaniert die Betroffenen, denen sie mit unmenschlichen Sanktionen das Existenzminimum verweigert. Das ist so gewollt, um die Menschen in Angst zu halten und um jede Gegenwehr – vor allem jede gemeinsame – zu verhindern.

Erika Beltz

¹⁾ siehe u.a. hier: <https://www.rtl.de/cms/undercover-blog-team-wallraff-reporter-ueber-den-offenen-brief-der-jobcenter-personalraete-2249291.html>



DKP fordert konsequent: Weg mit Hartz IV

Die Hartz-IV-Gesetze wurden von SPD/Grünen im Rahmen der Agenda 2010 beschlossen. 4,5 Millionen Menschen sind derzeit auf diese Almosen angewiesen, wobei es eine hohe Dunkelziffer gibt von Menschen, die lieber hungern statt sich dieser Demütigungen zu unterziehen. Der Regelsatz beträgt 407 Euro im Monat für einen Erwachsenen. CDU/CSU/FDP haben diese Grausamkeiten fortgesetzt. Die im Bundestag vertretenen Parteien – von SPD bis AfD – stehen uneingeschränkt hinter dieser Armut per Gesetz. Nur die Linkspartei ist gegen Hartz IV, wobei sie sich aber oft auf Abschaffung der Sanktionen und Erhöhung des Regelsatzes beschränkt. Die DKP fordert: Weg mit Hartz IV! Wiedereinführung eines unbegrenzten Arbeitslosengeldes! Recht auf Arbeit für alle, d.h. radikale Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich und öffentliche Investitionsprogramme vor allem im Gesundheits- und Bildungswesen – zu finanzieren durch Kürzung der Rüstungsausgaben. - Das sind Ziele, für die es sich zu kämpfen lohnt, die aber im Kapitalismus unerreichbar scheinen.

Rettet die Alte Post – Enteignung jetzt

Mit dieser Forderung hat sich die BI „Rettet die Alte Post“ an das Landesamt für Denkmalpflege gewandt (s. Kasten). Wie sie im Schreiben feststellt, sind die Maßnahmen der Stadt zur Sicherung der Fassade nicht ausreichend, um den Erhalt des Gebäudes zu gewährleisten. Weiter heißt es: „Wir sind sicher, dass Sie wegen des Abrisses des Denkmals ‚Samen-Hahn‘ auch unsere Sorgen teilen und vermeiden möchten, dass das ungleich wichtigere Objekt ‚Alte Post‘ nicht auch unwiederbringlich verloren ist.“

Auch das seit 1981 leerstehende denkmalgeschützte Samen-Haus Hahn haben Shobeiris aufgekauft und jahrzehntelang verfallen lassen, bis es 2015 abgerissen werden musste. Weniger bekannt, aber ebenso skandalös ist das seit 20 Jahren leerstehende und ebenfalls unter Denkmalschutz stehende Haus in der West-

anlage 36, Baujahr 1881; Besitzer: Familie Shobeiri.

Über diese ignoranten Spekulationspraktiken sind viele Menschen in Gießen zutiefst empört und hoffen, dass der Shobeiri-Clan, der übrigens jeden Kontakt mit der BI ablehnt, es heimgezahlt bekommt, z. B. durch Meidung seines Lokals „Alt Gießen“ in der Westanlage.

Aber auch die Stadt, die – sowohl unter CDU- als auch unter SPD-geführtem Magistrat - die Shobeiris tatenlos gewähren ließ, bewies damit, dass für sie offenbar die Eigentumsinteressen wichtiger sind als Denkmalschutz und Bürgerwünsche.

Die Petition der BI an die Stadt Gießen hat inzwischen 1000 Unterschriften, am Donnerstag, dem 16. November, wird es eine Demonstration geben, Treffpunkt: 17 Uhr, Berliner Platz (Rathaus). s.:www.altepost1863.de

Erika Beltz

Enteignung

(1) Die Enteignung ist zugunsten des Landes, eines Landkreises, einer Gemeinde oder einer rechtsfähigen Stiftung zulässig, soweit sie erforderlich ist, damit

1. ein Kulturdenkmal in seinem Bestand oder Erscheinungsbild erhalten bleibt,

2. ...

(2) Im Übrigen gelten die allgemeinen Vorschriften über die Enteignung. Antragsberechtigt ist die Denkmalfachbehörde.

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland

Artikel 14 (2):

Eigentum verpflichtet, sein Gebrauch soll zugleich dem Wohl der Allgemeinheit dienen.

Wie korrupt ist Deutschland?

„Laut BKA-Statistik wird besonders häufig im Dienstleistungsgewerbe, in der Automobilbranche, im Handwerk und im Bau-Bereich korumpiert.“

„Ein Insider aus der Immobilienbranche, zu dessen täglichem Geschäft das Bestechen gehört, schätzt, dass bei 30 bis 40 Prozent der unter professionellen Unternehmern abgewickelten Immobiliendeals Korruption im Spiel ist.“

Diese und andere Informationen wurden am 14.9.2017 im zdf offbart: <https://www.zdf.de/dokumentation/zdfzeit/korruption-100.html>



Der Bau von Sozialwohnungen wird in Gießen planmäßig hintertrieben

Beim Bau der Siedlung Bergkaserne waren gerade 50 Sozialwohnungen (von insgesamt 400 Wohneinheiten) entstanden – obwohl im städtischen „Wohnraumversorgungskonzept“ eine Sozialquote von 25 – 30% gefordert wird. Es hätten also mehr als doppelt so viele sein müssen.

Dies wurde angesichts der bestehenden Wohnungsnot hinlänglich kritisiert – mit dem Ergebnis: laut Bebauungsplan „Rottberg“ mit 49 Einheiten wird dort keine einzige Wohnung mit Sozialbindung entstehen.

Tut schon die „soziale“ Wohnbau nichts zur Schaffung von bezahlbaren

Wohnungen, sondern lässt sich noch dafür bezahlen, dass sie die Miete nicht erhöht, dann tut die Stadt auch nichts.

„Es sei ja nur eine „Empfehlung“, an die man sich nicht halten müsse, meint Stadtrat Neidel lapidar. Die vielen Wohnungssuchenden (1500 stehen auf der Warteliste), die auf eine preiswerte Unterkunft angewiesen sind, warten vergebens.

Ihre Interessen müssen hinter denen der Investoren zurückstehen, denen auch schon mal mit einer Änderung der Stellplatzsatzung entgegengekommen wird (vgl. Echo 10/17).



Uniklinikum – Streik bleibt notwendig

Die Beschäftigten am Uniklinikum Gießen/Marburg (UKGM) haben wieder gestreikt und demonstriert – dieses Mal noch macht- und wirkungsvoller als eine Woche davor. Viele Organisationen, darunter auch die DKP, waren solidarisch, demonstrierten mit, unterstützten die Aktion mit Solidaritätserklärungen und Redebeiträgen. Auch die Rede von Michael Beltz vom Kreisvorstand der Gießener DKP auf der Abschlusskundgebung fand viel Beifall.

Der Vorstand der Rhön AG verurteilte den Streik, nannte ihn unnötig und entblödete sich nicht, die Streikenden als „Marionetten der Gewerkschaft“ zu bezeichnen. Keiner der Protestierenden brauchte von einer Gewerkschaft zur Teilnahme ange-

stiftet zu werden, das haben die Rhön-Bosse mit ihrem Verhalten gegenüber den Beschäftigten selbst getan. Wenn jemand eine Marionette ist, dann ist es die kaufmännische und ärztliche Geschäftsführung des UKGM.

Sie vollstrecken willig den profitorientierten Kurs des Rhön-Vorstandes. Dessen Vorsitzendem S. Holzinger sind Personal und Patienten völlig egal – nur der Profit muss stimmen und damit auch seine eigenen Bonus-Bezüge.

Die Lage der Beschäftigten ist in fast allen deutschen Kliniken schlecht, aber am UKGM wird ihnen besonders viel abverlangt. Sie sollen nicht nur einen fetten Gewinn erwirtschaften, sondern auch ca. 30 Millionen Euro



presst die Rhön AG das Land immer wieder, doch mehr Geld locker zu machen.

Erst vor ein paar Monaten wurden für die nächsten 5 Jahre 100 Millionen Euro zusätzlich bewilligt – für die Verbesserung von Forschung und Lehre und zukunftssichernde Investitionen.

Dafür tut die Rhön AG aber wenig, ein großer Teil des Geldes wird als Gewinn verbucht und als Dividenden an die Aktionäre weitergegeben. Erstmals hat der Rhön-Vorstand nach diesem Streik ein Angebot zu einem Tarifvertrag zur Verbesserung der Personalsituation vorgelegt.

Das ist zwar völlig unzureichend, aber die Beschäftigten sind kampfbereit und werden mehr rausholen.

Gernot Linhart



11. Oktober: Abschlusskundgebung auf dem Kirchenplatz, links am Transparent Gernot Linhart

jährlich für Zinsen und Abschreibungen.

Das Land Hessen hat sich mit dem Verkauf der Kliniken davor gedrückt, die Investitionen zu bezahlen, zu denen es eigentlich gesetzlich verpflichtet ist.

Aufgegangen ist diese Rechnung nicht ganz. Mit der schlechten Situation am UKGM er-

Bolzplatz Ederstraße bleibt am jetzigen Standort!

Vollbesetzt war der Versammlungsraum im Nordstadtzentrum bei der Veranstaltung des Runden Tisches. Neben Anwohnern waren auch viele Fußballer erschienen, um von Stadträtin Eibelshäuser und Wohnbauchef Thies zu erfahren, ob der Bolzplatz Ederstraße an seinem Platz bleibt oder verlagert wird. Dann die erlösende Nachricht: der Bolzplatz bleibt, so Eibelshäuser und Thies. Allenfalls eine Modernisierung stehe an. Zum Umdenken der Stadt/Wohnbau haben sicherlich auch die Proteste aus dem Viertel sowie ein spontan organisiertes Fußballturnier (s. Foto - mit Bildern und Collagen seiner Geschichte, zu der auch die DKP-Fußballturniere zählen) beigetragen.

Helmut Appel



Alle Finger zeigen auf die Bürgermeisterin

Selbst der Staatsanwaltschaft Gießen scheint das Treiben im Landschaftsschutzgebiet der Wieseckau rund um die „Strandbar“ direkt neben den Brutstätten für „normale“ und auf der Vorwarnliste stehende Vogelarten (Teichhuhn) nicht ganz geheuer. Auf eine Anzeige wegen Störungen durch Baggerarbeiten und Umbauarbeiten während der geschützten Brutzeiten antwortete die Staatsanwaltschaft ausweichend:

Eine Strafbarkeit könne gegeben sein, wenn die Tiere gestört worden wären. Dies könne durchaus geschehen sein. Es kann aber nicht festgestellt werden, da die Tiere in der Regel erst Mitte April brüten, auch wenn sie vielleicht vorher brüten.

Berücksichtigt wird von der Staatsanwaltschaft nicht, dass eine geschützte Brutzeit bereits am 1. März nach dem Naturschutzrecht beginnt.

Dass Tiere wegen der Klimaverschiebung auch früher brüten als von der Justiz zulässig ist, scheint in diesem Zusammenhang nicht zu interessieren.

Die Staatsanwaltschaft verweist auf die Sondergenehmigungen für die

„Strandbar“, mit denen Bürgermeisterin Weigel-Greilich (seit Landeshauptgartenschau-Zeiten) viele grundsätzliche Vorschriften aufhebt. Unterstützt wird sie von einer „Unteren Naturschutzbehörde“, die alles absegnet, was „von Frauchen“ kommt.

„...Die Stadt Gießen hat nämlich durch Bescheid vom 24.05.2016 die Errichtung der „Strandbar“ genehmigt. Daher ist eine Zulieferung von Speisen, Getränken und auch Sand rechtmäßig...“ (Staatsanwalt)

Rechtmäßig war jedoch die Genehmigung zur Errichtung der „Strandbar“ keineswegs.

Denn „Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die geplante Maßnahme oder Handlung den Charakter des Gebietes verändert, das Landschaftsbild erheblich oder nachhaltig beeinträchtigt oder dem besonderen Schutzzweck zuwiderläuft...“ (aus der Verordnung zum Landschaftsschutzgebiet).

Darauf wies Michael Beltz, Stadtverordneter der „Gießener Linke“ hin, als er die Bürgermeisterin bei der letzten Sitzung befragte. Die wiegelte lediglich ab.

Fazit: Der Vertrag zwischen der Stadt (Bürgermeisterin Weigel-Greilich) und dem Pächter Trageser verstößt gegen Naturschutzgesetze.

Der von der Stadt geheim gehaltene Vertrag muss veröffentlicht und aufgehoben werden. M. Berger



Nobelpreis für Atomwaffengegner - Deutschland steht abseits

Dieses Jahr hat das Komitee zur Verleihung des Friedensnobelpreises den Willen des Preisstifters Alfred Nobel erfüllt. Den Preis soll die Person oder die Organisation bekommen, die im vergangenen Jahr am meisten für die Erhaltung des Friedens getan hat – bei vielen Preisen war das keineswegs der Fall. Die Internationale Organisation zur Abschaffung der Atomwaffen (ICAN) aber ist genau die richtige.

Auf deren Initiative hin haben 122 Mitgliedsstaaten der UN über einen Vertrag zum völkerrechtlichen Verbot von Atomwaffen beraten und im vergangenen Juli auch beschlossen. Die Atomwaffenstaaten und ihre Unterstützer, darunter auch Deutschland, stehen seitdem nicht mehr auf dem Boden des Völkerrechts. Leider hat die UN

nicht die Macht, dieses Verbot auch durchzusetzen. Schon der Atomwaffensperrvertrag hatte die Besitzer von Atomwaffen verpflichtet, über deren Reduzierung und schließlich Abschaffung zu verhandeln.

Dieser Verpflichtung sind sie nie nachgekommen, seit 1995 gibt es keine entsprechenden Gespräche mehr. Im Gegenteil: Atomwaffen werden immer

weiter entwickelt. Die Folge davon ist, dass es immer mehr Atomwaffenstaaten gibt.

Die Welt wird immer gefährlicher, es wird immer wahrscheinlicher, dass sich ein Konflikt zu einem Atomkrieg entwickelt. Ein solcher Krieg würde nicht nur die beteiligten Länder zerstören, sondern hätte verheerende weltweite Auswirkungen.

Die Bundesregierung hat der ICAN zum Nobelpreis gratuliert.

Das ist pure Heuchelei. Notwendig wäre, dass sich Deutschland dem Vertrag zum Verbot der Atomwaffen anschließt und als nächstes dafür sorgt, dass die hier verbliebenen NATO-Atombomben in Büchel endlich abgezogen und verschrottet werden, statt sie für viele Millionen Euro zu modernisieren.

Gernot Linhart





Liebknecht-Luxemburg-Demonstration am 14. Januar

in Berlin, um 10 Uhr vom U-Bhf. Frankfurter Tor zur Gedenkstätte der Sozialisten in Friedrichsfelde sowie am 15.01. um 18 Uhr vom Olof-Palme-Platz zu den Denkmälern im Tiergarten

...Eine atomare Katastrophe ist wieder denkbar... Diejenigen, die aus Profitgründen die Welt ins Chaos stürzen, quatschen demagogisch von den Werten, die "wir - der Westen - uns nicht nehmen lassen". Ist Ausbeutung ein Wert? Sozialabbau ein Wert? Flächendeckende Überwachung ein Wert? Sind Asylpakete und Abschiebungen ein Wert? Ist Kapitalismus eine Wertegemeinschaft auch für die, die ihre Arbeitskraft zunehmend unter Wert verkaufen müssen? Und wie sollen wir die beinahe weltweiten Faschisierungstendenzen bewerten?

Vor 99 Jahren wurden Rosa Luxemburg, Karl Liebkecht und viele ihrer Weggefährten für ihre Standhaftigkeit gegen Ausbeutung und Krieg von der Reaktion ermordet. Demonstrieren wir - Linke verschiedener Strömungen - am 14. Januar 2018 in ihrem Geiste friedlich für die Solidarität unter den Ausgebeuteten, wo immer sie geboren sind. Demonstrieren wir gegen Kriege und gegen Faschismus - für eine sozial gerechte, solidarische, von Ausbeutung und Unterdrückung befreite Welt. - Trotz alledem!

<http://www.ll-demo.de/>

Weitere Informationen, Mitfahrgelegenheit etc. über die Echo-Redaktion

**Redaktionsschluss für
Dezember-Echo: Mi., 22. Nov.**

Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantw.: Erika Beltz, erscheint monatlich. Bezugsgebühren: 30 € im Jahr (inkl. Versandkosten). Konto (Sparkasse), IBAN: DE75 5135 0025 0000 1930 70, BIC SKGIDE5F. Druck: Gründruck Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, E-Mail: dkp@dkp-giessen.de. Im Internet: www.dkp-giessen.de

Zur Unabhängigkeit Kataloniens

... In Katalonien ist die Erinnerung an den Widerstand gegen den Faschismus bis heute lebendig, und während in anderen Teilen Spaniens noch immer Gedenktafeln und Straßennamen an die Putschisten um Franco und andere faschistische Verbrecher erinnern, wird in den Städten Kataloniens an die Opfer der Diktatur erinnert. Die regierende Volkspartei PP hingegen, die 1976 von führenden Vertretern des Franco-Regimes gegründet worden war, ist bis heute einem spanischen Nationalismus verhaftet, der die Existenz mehrerer Völker in dem Staat leugnet. Deshalb klagte die PP 2006 gegen das vom spanischen Parlament und den Katalanen in einem Referen-

spricht sich in Umfragen regelmäßig für die Unabhängigkeit aus.

Es gibt linke, sozialistische Kräfte in Katalonien, die darauf hoffen, durch die Gründung einer eigenständigen Republik die Kampfbedingungen für einen revolutionären Wandel zu verbessern.

Und es gibt auch in Spanien Kräfte, die darauf hoffen, dass Katalonien einen Dominoeffekt auslösen könnte, in dessen Folge die Monarchie beseitigt werden könnte.

Die spanischen und katalanischen Kommunisten treten für das Selbstbestimmungsrecht der Völker Spaniens ein, auch wenn sie eine Abspaltung einzelner Teile des Staates ablehnen.



dum gebilligte Autonomiestatut, weil darin unter anderem von der „katalanischen Nation“ die Rede war. 2010 gab das spanische Verfassungsgericht der Klage statt und erklärte weite Teile des Statuts für illegal. Seither haben Jahr für Jahr Massenkundgebungen mit teilweise mehreren Millionen Teilnehmern stattgefunden. Während Madrid auch in den folgenden Jahren jeden Kompromiss verweigerte, radikalisierte sich die Bewegung, und die Hälfte der Bevölkerung

Als die spanische Polizei und Guardia Civil am 1. Oktober brutal versuchten, die Abstimmung über eine Selbstbestimmung Kataloniens zu verhindern, standen die Mitglieder der verschiedenen linken Organisationen gemeinsam gegen die Polizeigewalt. Es ist zu hoffen, dass sie einen Weg finden, auch weiterhin gemeinsam zu kämpfen – für die katalanische und für die spanische Republik. André Scheer (leicht gekürzt aus UZ - Wochenzeitung der DKP - vom 13.10.2017)



Immelmann-Stele: Weg mit dem Nazi-Dreck

Fast vergessen wurde in den letzten Jahren das sog. Immelmann-Denkmal hinter der Burg Staufenberg. Es wurde 1964 auf private Initiative von Altnazis zur Verherrlichung eines Mordwerkzeuges (Sturzkampfbomber, im Nazi-Jargon Stuka genannt) und seines Bedienungs-personals errichtet, mit Erlaubnis der Stadt Staufenberg. Es bestand aus einer Stele mit 2 Bombern im Sturzflug. Dort traf sich jährlich die Traditionsgemeinschaft Immelmann.

Dieser war ein Kampfflieger aus dem 1. Weltkrieg, der von den Nazis zum Helden erklärt wurde. Nach ihm benannt wurden Straßen, Kasernen und ein Kampfgeschwader, dessen Piloten an dem Bomben-Massaker im baskischen Guernica beteiligt waren. Noch

heute tragen Bundeswehrkasernen diesen Namen sowie ein am Syrien-Krieg beteiligtes Aufklärungsgeschwa-



Antifaschistischer Protest in Staufenberg im Mai 1981, rechts im Foto Frank Pötter, neben ihm Ria Deeg

der. Nachdem in Staufenberg der Naziveteran Rudel aufgetreten war und sich dort Neonazis zusammengerotet hatten, regte sich Protest. Ein Höhepunkt war eine vom DGB initiierte

Protest-Veranstaltung in der Stadthalle mit 800 Teilnehmern, die zum Verbot des Nazi-Treffens führte. 1981 wurden die Stukas von Unbekannten entfernt, Antifaschisten forderten den Abbau. Jetzt wird wieder neu darüber diskutiert. Es gibt nur eine richtige Antwort: Weg mit dem Nazi-Dreck! Der Umgang mit diesem „Denkmal“ steht in einer Reihe mit ähnlichen Fällen in Gießen.

Das Greif-Denkmal an der Gabel Licher/Grünberger Straße wurde durch das Aufstellen einer trauernden Witwe nicht besser. Das Blut- und Bodenrelief aus der Nazizeit an der ehemaligen Bergkaserne wird zurzeit aufwendig restauriert und soll dann in neuem Glanz dort wieder angebracht werden.

Gernot Linhart



www.jungewelt.de/testabo
Abotelefon: 030 53 63 55 50

Sie lügen wie gedruckt.
Wir drucken, wie sie lügen.

DKP feiert: 100 Jahre Oktoberrevolution



Am 5. Oktober fand im Vortragsraum der Kongresshalle eine Veranstaltung zum 100. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution statt. Vor mehr als 40 interessierten Zuhörern wies Michael Beltz in seiner Eröffnungsrede auf die Bedeutung dieses Ereignisses hin. Besonders in der heutigen Zeit ist es wichtig, geschlossen zu handeln, Erreichtes zu verteidigen und das Ziel der sozialistischen Gesellschaft nicht aus den Augen zu verlieren. - Der kulturelle Teil wurde von Erich Schaffner gestaltet, begleitet von Georg Klemp am Klavier. Die Vielseitigkeit des Programms mit einem gelungenen Wechsel aus Gesang und Rezitationen begeisterte alle. Den Abschluss bildete die „Internationale“, die vom gesamten Publikum mitgesungen wurde. R.G.

Freiheit für Öcalan - Frieden für Kurdistan

Einer der wichtigsten kurdischen politischen Repräsentanten, Abdullah Öcalan, ist seit über 18 Jahren in der Türkei inhaftiert und befindet sich unter Totalisolation auf der Gefängnisinsel Imrali. Türkische Medien meldeten, dass er dort ums Leben gekommen sein soll. Mit Kundgebungen, Demonstrationen und Veranstaltungen protestieren die Kurden friedlich gegen die unmenschlichen Haftbedingungen und fordern Klarheit über die Situation von Öcalan.

Die DKP Gießen beteiligt sich an den Aktionen, in seinem Grußwort betonte Henning Mächerle (Foto: Abschlusskundgebung auf dem Kirchenplatz nach der Demo am 21.10.) die Solidarität mit dem kurdischen Befreiungskampf und fordert ebenso die Freiheit für Öcalan und die Aufhebung des PKK-Verbots in Deutschland.





Berufsverbote: "vergessene Geschichte"

Ausstellung und Veranstaltungen im DGB-Haus über politische Verfolgung in der BRD

Vor 45 Jahren trat unter Bundeskanzler Willy Brandt (SPD) der sog. Radikalerlass in Kraft. Jeder, der „nicht die Gewähr dafür bietet, jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung einzutreten“, sollte aus dem öffentlichen Dienst entlassen bzw. nicht eingestellt werden. Der Wortlaut ist identisch mit einem entsprechenden Gesetz, das auch die Nazis erlassen haben und richtete sich – wie damals – vor allem gegen Kommunisten und andere engagierte Demokraten.

Das war der Beginn einer maßlosen Gesinnungsschnüffelei und Bespitzelung. Bundesweit gab es bis zu 3,5 Millionen Überprüfungen, 11.000 offizielle Berufsverbotsverfahren, 2.200 Disziplinarverfahren, 1.250 Ablehnungen von Bewerbungen und 265 Entlassungen. In Gießen waren die beiden Postbeamten Axel Brück und Egon Momberger sowie der Lehrer Mario Berger Opfer von Berufsverbot, und es gab zahlreiche weitere Verfahren. Eine Rehabilitierung hat bis heute nicht stattgefunden.

Ausstellung vom 16.11. bis 30.11. im Erdgeschoss

organisiert vom Bündnis "Berufsverbote Hessen", IG-Metall Bezirk Mitte, ver.di Hessen, GEW Hessen, VVN/BdA Hessen sowie Betroffene

Eröffnung am Donnerstag, dem 16.11. um 18 Uhr

Außerdem gibt es zwei Veranstaltungen zum Thema, die beide vom DGB Mittelhessen sowie der DKP Gießen, VVN/BdA Gießen und der Roten Hilfe organisiert werden:

Podiumsdiskussion

Patrik Köbele, Parteivorsitzender der DKP, und

Renate Bastian, vom Berufsverbot Betroffene und Stadtverordnete der Marburger Linke

Mittwoch, 22. November, 18 Uhr, DGB-Haus, Dachsaal

Diskussionsveranstaltung

zur Überwachung und politischen Repression heute

Donnerstag, 30. November, 18 Uhr, DGB-Haus, Dachsaal

Henning Mächerle, Rote Hilfe

Marburg

Gert Meyer:

Die russische Oktoberrevolution 1917. Ursachen, Verlauf und Bedeutung für die Zukunft

am Dienstag, dem 7. November, 19 Uhr
im Technologie- und Tagungszentrum, Softwarecenter 3 (Frankfurter Str.).

Veranstaltung der DKP Marburg-Biedenkopf

Gießen

Kundgebung

anlässlich des Jahrestages der faschistischen Reichspogromnacht

am Donnerstag, dem 9. November, um 17.30 Uhr
am Mahnmal für die Opfer des NS-Regimes am Berliner Platz

Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes, Bund der Antifaschisten (VVN/BdA)

DKP
Nachrichtenportal 

news.dkp.de
www.dkp-hessen.de
www.dkp-giessen.de
DKP-Gießen auch bei facebook

**UZ-Sozialistische
Wochenzeitung der DKP**
 Woche für Woche
antikapitalistisch!

**10 Wochen
kostenlos testen**
Hoffnungstr. 18, 45127 Essen
info@unsere-zeit.de

Widerstand gegen Hartz IV

montags 18 - 19 Uhr,
bei den 3 Schwätzern

**Wir bitten um Überweisung
der Abo-Gebühren und um
Spenden**

Die benötigen wir dringend, um das Gießener Echo auch in Zukunft in dieser Auflage herausbringen zu können. - Diese Bitte richtet sich auch an unsere Online-Leser. Das Gießener Echo ist verlässlicher Partner im Kampf gegen Krieg und Sozialabbau, gibt Informationen, die andere verschweigen und unterstützt viele Gießener Organisationen und Initiativen in ihrer Arbeit.

Sparkasse Gießen, IBAN:
DE75 51350025 0000 1930 70.

*Es grüßt mit herzlichem Dank die
Echo-Redaktion*